

WAHL
PROGRAMM

WÄHLE AM

20. September 2026



Präambel

Die Partei des Fortschritts will Politik anders machen: offen, evidenzbasiert, bürgernah. Wir nutzen die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts, um der Bevölkerung eine nachhaltige und selbstbestimmte Gestaltung der Zukunft zu ermöglichen. Unser Handeln gründet auf Teilhabe, Gemeinwohl, Pragmatismus und wissenschaftlicher Erkenntnis.

Teilhabe

Wir setzen uns für eine partizipatorische Demokratie ein, in der jeder unabhängig von einer Parteimitgliedschaft aktiv an der politischen Gestaltung mitwirken kann. Wir lehnen die Dominanz Weniger, sei es in der Politik oder der Wirtschaft, entschieden ab. Unser Ziel ist es, die begrenzte Einflussnahme bei Wahlen in eine kontinuierliche und gestaltende Kraft der Bevölkerung zu verwandeln. Durch den Einsatz digitaler Technologien erleichtern wir den Zugang zu politischen Prozessen und senken die Beteiligungsschwelle. Basisdemokratische Elemente in unserer Partei ermöglichen es den politisch Interessierten unmittelbar an der politischen Willensbildung teilzuhaben.

Gemeinschaft

Unsere Politik ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet, ohne einzelne Interessengruppen zu bevorzugen. Vorurteilsfrei und ideologiefrei fördern wir ein Miteinander, das den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stärkt. Unsere Arbeit gründet auf klaren demokratischen Spielregeln.

Ideen

Pragmatismus steht für uns an erster Stelle. Wir suchen nach Ideen, die das Leben verbessern, und scheuen uns nicht vor innovativen Lösungen. Den Status quo reflektieren wir kritisch und lehnen es ab, an veralteten Ansätzen festzuhalten, wenn diese den Fortschritt behindern.

Wissen

Bei der Entwicklung unserer Inhalte stützen wir uns auf anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse, sowie auf die Perspektiven der Bevölkerung, insbesondere jene, die von einem Thema betroffen sind, und von Fachleuten. Die Verbindung dieser Elemente ohne vorgegebene Sichtweisen ergibt fundierte Positionen. Wir sehen Bildung als Grundlage dieses Prozesses und informierter Entscheidungen im Allgemeinen. Die politische Bildung ist dabei Kernaufgabe der Parteiarbeit.

Grundwerte

Wir bekennen uns zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und setzen uns aktiv für deren Erhalt ein. Fortschritt, Transparenz, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind zentrale Leitprinzipien unseres politischen Handelns. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde und entschlossener Widerstand gegen Populismus und Radikalisierung sind für uns nicht verhandelbar. Wir wollen der Bevölkerung ermöglichen, Probleme zu benennen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und diese umzusetzen.



Inhaltsverzeichnis

1	Wirtschaft und Finanzen	1
2	Arbeit, Beschäftigung	5
3	Wohnungsbau und Mieten	7
4	Sicherheit	9
5	Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie, Transparenz	11
6	Integration und Migration	13
7	Bildung, Kultur, Medien, Forschung	15
8	Soziales und Familie	21
9	Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik	25
10	Umwelt, Klima, Energie	31
11	Digitales und Digitalisierung	35
12	Infrastruktur, Verkehr und Regionalentwicklung	41
13	Landwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft	45
14	Europäische Union und europäische Zusammenarbeit	47
	Schlusswort	49

1

Wirtschaft und Finanzen

Die Partei des Fortschritts setzt auf eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmergeist fördert, Bürokratie abbaut und Zukunftstechnologien voranbringt. Wir fördern Unternehmergeist, bauen Bürokratie ab und setzen auf Zukunftstechnologien, ohne soziale Verantwortung aus dem Blick zu verlieren.

Mittelstand und Handwerk fördern

- Abschaffung überflüssiger Vorschriften, digitale Formulare, einheitliche Fristen und planbare Verfahren.
- Regelmäßige Evaluierung von Gesetzen: Jedes Landesgesetz und dessen Umsetzung wird alle fünf Jahre auf Nutzen und Notwendigkeit geprüft.
- Gezielte Förderprogramme für das Handwerk, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Energieeffizienz und Nachwuchsgewinnung.
- Ausbau der dualen Ausbildung und Imagekampagne „Handwerk ist Hightech“.
- Landesweites Kompetenznetzwerk für kleine Betriebe, die digitale Lösungen implementieren wollen.
- Anwerbung ausländischer Fachkräfte in Mangelberufen und Ausweitung der Förderprogramme auf klassische Branchen wie Handwerk, Produktion und Landwirtschaft.
- Förderung von Gründungen in strukturschwachen Regionen durch vergünstigte Darlehen und Beratungsangebote.
- Engere Zusammenarbeit der Hochschulen des Landes mit privaten Unternehmen.

Digitalisierung ist Grundlage künftigen Wohlstands. Nur durch technologische Modernisierung bleiben Unternehmen produktiv und international konkurrenzfähig. Wir verbinden wirtschaftliche Effizienz mit gesellschaftlichem Fortschritt.

Nachhaltige Wirtschaft und Kreislaufdenken

Einführung eines „Reparaturbonus MV“ nach österreichischem Vorbild: Bis zu 50% der Reparaturkosten mit einem Maximalbetrag pro Maßnahme, gültig für Fahrräder, E-Bikes, Haushalts- und Unterhaltungselektronik, gefördert über einen Landesnachhaltigkeitsfonds.

Aufbau eines Netzwerks „Reparatur-Partner MV“: zertifizierte Betriebe, transparente Preise, Online-Plattform mit Antragsystem.

Ökologische Modernisierung durch steuerliche Vorteile für Investitionen in ressourcenschonende Technologien.

Öko-Zulage für Neugründungen: Startups und Unternehmensgründungen, die ihre Abläufe nachweislich schadstoffarm oder ressourcenschonend organisieren, erhalten eine steuerliche Zulage in den ersten drei Geschäftsjahren.

- Einführung eines „Regionalzertifikats MV“: Produkte, die in Mecklenburg-Vorpommern erzeugt und verkauft werden, erhalten ein offizielles Qualitätssiegel.
- Faire Preise für Agrarerzeugnisse, maritime Produkte und Fischerei, Schutz regionaler Produzenten vor Dumpingimporten.
- Förderung regionaler Lieferketten und Märkte zur Belebung lokaler Wirtschaftskreisläufe.

Reparieren statt Wegwerfen schützt die Umwelt und schafft regionale Wertschöpfung. Der Reparaturbonus unterstützt Handwerksbetriebe, senkt Abfallmengen und spart CO₂. Nachhaltigkeit treibt Innovation.

Digitalisierung und Produktivität

- Den flächendeckenden Ausbau gigabitfähiger Netze zügig vorantreiben, mit besonderem Fokus auf Gewerbegebiete und Schulen.
- Förderung von KI- und Automatisierungsprojekten im Mittelstand, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.
- Digitale Weiterbildungsoffensive: Schulungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Altersgruppen.
- Landespreis für digitale Transformation, um erfolgreiche Betriebe öffentlich sichtbar zu machen.

Schnelle Netze, qualifizierte Fachkräfte und gezielte Förderung sind die Voraussetzungen dafür, dass Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern den digitalen Wandel als Chance nutzen können.

Faire Märkte und regionale Verantwortung

Regionale Produktion schützt Klima und sichert Arbeitsplätze. Das Regionalzertifikat schafft Transparenz und Vertrauen: Verbraucher erkennen regionale Produkte, Betriebe profitieren von fairen Preisen.

Infrastruktur und Zukunftsinvestitionen

- Ausbau und Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserwegen für effizienteren Gütertransport.
- Priorisierung von Infrastrukturprojekten mit hohem wirtschaftlichen Nutzen.
- Förderung multimodaler Logistikzentren, um Warenverkehr nachhaltiger zu gestalten.

Eine funktionierende Wirtschaft braucht funktionierende Infrastruktur. Investitionen in Verkehr und Logistik sichern Arbeitsplätze, reduzieren CO₂ und verbessern die Wettbewerbsfähigkeit.

Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten

Wir bauen einen „Resilienzfonds Mecklenburg-Vorpommern“ auf, um Unternehmen in geopolitischen oder konjunkturellen Krisen flexibel zu unterstützen. Verbindliche Investitionszusagen des Landes schaffen die nötige Planungssicherheit für Betriebe.

Ob Pandemie, Krieg oder Energiekrise: Wirtschaft braucht Vertrauen. Ein Land, das in Krisen handlungsfähig bleibt, schafft Stabilität und Innovationskraft. Wir stehen für solide Finanzen und klare Verantwortlichkeiten.

Bürokratieabbau

Viele wirtschaftliche Bereiche leiden heute unter vermeidbarer Bürokratie. Mecklenburg-Vorpommern braucht pragmatische Regulierung: Sicherheit ja, aber ohne Innovationshemmnisse und Bürokratieexzesse.

- Einrichtung von Stellen, die Firmen in Bezug auf komplexe gesetzliche Regelungen unterstützen.

- Digitalisierte Zulassungsprozesse.
- Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien.

Überflüssige Bürokratie kostet Zeit, Geld und Innovationskraft. Pragmatische Regulierung schützt vor echten Risiken, ohne Unternehmen mit unnötigem Aufwand zu lähmen. Nur so bleiben Unternehmen in MV wettbewerbsfähig.

| Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen

Maritime Wirtschaft, Maschinenbau, Windenergieindustrie und nachhaltige Technologien sind Innovationsmotoren und Arbeitsplatzgaranten in Mecklenburg-Vorpommern. Überzogene Regulierung gefährdet diese Schlüsselbranchen. Wir setzen auf eine technologieoffene Industriepolitik, die europäische Standards wahrt und regionale Wirtschaftskraft schützt.

Die Insolvenz der MV Werften 2022 hat gezeigt, was passiert, wenn strukturelle Abhängigkeiten zu spät erkannt werden. Die verbleibenden Standorte bieten Chancen für eine Neuausrichtung auf klimaneutrale Antriebstechnologien. Dieser Wachstumsmarkt verlangt frühe Positionierung, und MV bringt dafür das Werft-Know-how mit.

2

Arbeit, Beschäftigung

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Arbeitsmarktpolitik, die Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und pragmatische Sozialpolitik miteinander verbindet. Wir setzen auf moderne Vermittlung, die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und eine Verwaltung, die sich den Lebensrealitäten der Berufstätigen anpasst.

Arbeitsmarkt und soziale Balance

- Reform der Arbeitslosenvermittlung: Mehr Umschulungen, digitale Jobmatching-Systeme und enge Zusammenarbeit mit Betrieben.
- Landesinitiativen für die einfachere Anerkennung ausländischer Abschlüsse.
- Führungspositionen sollen unabhängig vom Geschlecht nach Kompetenz besetzt werden.

Gute Arbeit muss sich lohnen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Angesichts der wirtschaftlichen Lage nehmen wir zurzeit Abstand von einer Forderung nach kürzerer Arbeitszeit für gleichen Lohn. Maßnahmen, die über die Landespolitik hinausgehen, stoßen wir über den Bundesrat an.

Bürgerfreundliche Verwaltung und Arbeitsrecht

Bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Ämter. Ämter und Behörden sollen auch abends und samstags erreichbar sein. Eine bürgernahe Verwaltung passt sich den Lebensrealitäten der Menschen an, nicht umgekehrt.

Aufweichung des Sonntagsöffnungsverbots. Abschaffung bzw. Aufweichung des Sonntagsöffnungsverbots bei gleichbleibender maximaler Wochenarbeitszeit.

Sonntagsverkauf schafft keine Mehrarbeit, solange die Wochenarbeitszeit gedeckelt bleibt. Durch die Beibehaltung der maximalen Wochenarbeitszeit bleibt der Arbeitnehmerschutz gewahrt, während Verbraucher und Betriebe von mehr Spielraum profitieren.

3

Wohnungsbau und Mieten

Bezahlbarer Wohnraum ist Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die Partei des Fortschritts steht für mehr Sozialwohnungen, familiengerechte Quartiere und ein schlankes Baurecht, das Investitionen ermöglicht statt zu blockieren. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Wohnungspolitik, die dem demografischen Wandel und der wachsenden Nachfrage nach bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum gerecht wird.

Familienfreundliche Wohngebiete und Freizeitangebote

Wir setzen auf eine stärkere staatliche Verantwortung bei Investitionen in Sozialwohnungen, Wohnheimen, bezahlbares und barrierefreies Wohnen. Eine landeseigene Wohnbaugesellschaft kann Genehmigungen beschleunigen und Bürokratie reduzieren. Ziel ist, das Wohnungsangebot zu erhöhen und Mieten langfristig zu stabilisieren.

Die Mietpreisbremse schützt Mieter in angespannten Wohnlageregionen vor übermäßig hohen Neuvermietungen. Ein Wegfall oder eine Schwächung dieser Regelung würde diesen Schutz verringern und die Preisentwicklung für viele Haushalte belasten.

Kommunen sollen verpflichtet werden, bei Neubauprojekten familienfreundliche Strukturen mitzudenken, dazu gehören sichere Wege, Spiel- und Freizeitflächen, wohnortnahe Betreuungseinrichtungen und Grünzonen.

Förderprogramme des Landes sollen gezielt Familienwohnraum priorisieren.

Integrierte Quartiersplanung schafft lebendige Nachbarschaften statt anonymer Schlafsiedlungen und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ausbau der Wohnraumförderung und sozialer Wohnungsbau

Bezahlbarer Wohnraum ist eine soziale Pflichtaufgabe. Mecklenburg-Vorpommern liegt bei Sozialwohnungen unter dem Bundesdurchschnitt, das ist nicht hinnehmbar. Wir setzen auf eine konsequente Neuausrichtung der Wohnraumförderung:

- Das Land verdoppelt den Anteil geförderter Wohnungen, verlängert Bindungsfristen und vereinfacht Fördermittel.

- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften werden steuerlich begünstigt.

Mehr Sozialwohnungen senken den Druck auf den privaten Mietmarkt.

| Vereinfachung der Landesbauordnung (LBO-MV) und des Baurechts

Die Landesbauordnung soll entschlackt und modernisiert werden. Unnötige Vorschriften verzögern Investitionen und treiben Kosten in die Höhe. Wir setzen auf:

- Vereinfachte Verfahren für Kleinbauten, energetische Sanierungen und Nachverdichtung.
- Digitale Abwicklung aller Bauanträge über ein landesweites Online-Portal.

Schnellere Baugenehmigungen entlasten Kommunen und setzen Bauaktivität frei.

4

Sicherheit

Sicherheit ist Staatsaufgabe, und sie beginnt vor Ort. Wir stehen für eine gut ausgestattete, modern aufgestellte Polizei, die konsequent gegen Extremismus vorgeht und dabei Grundrechte wahrt. Mecklenburg-Vorpommern braucht klare Antworten auf innere wie äußere Bedrohungen: von häuslicher Gewalt bis zur Desinformation, von Cyberkriminalität bis zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Polizei und Ausrüstung

Die Polizei braucht mehr Personal und bessere Technik. Dazu gehören:

- Dauerhaftes Einschalten der Körperkameras („Bodycams“) bei Einsätzen, sie schützen unschuldige Beamte vor falschen Anschuldigungen und überführen bei Fehlverhalten. Datenschutz- und arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen sind dabei zu wahren.
- Flächendeckende Ausstattung mit Elektroschockpistolen („Taser“) als nicht-tödliche Option zur Gefahrenabwehr.

Moderne Ausrüstung schützt Polizisten und erhöht die Sicherheit für alle Bürger.

Digitale Sicherheit

Wir befürworten die digitale Transformation der Polizei. IT-Infrastruktur und KI sollen die Effizienz der Polizeiarbeit steigern, solange Grundrechte, Transparenz und Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Spezielle Analysesoftware für große Datenmengen wird bereitgestellt; die Verwendung von nicht in der EU entwickelter oder betriebener Software (z. B. Palantir) schließen wir dabei strikt aus.

Extremismus und gesellschaftliche Sicherheit

Jede Form von Extremismus bedroht die freiheitlich-demokratische Grundordnung, und muss konsequent bekämpft werden. Aufklärung und Prävention stehen dabei vor repressiven Maßnahmen. Frauenhäuser müssen verlässlich finanziert werden, denn häusliche Gewalt ist eine der häufigsten Formen gesellschaftlicher Unsicherheit. Die politische Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes wollen wir stärken.

| Außen- und Sicherheitspolitik

Wir fordern die Fortsetzung der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine mindestens im bisherigen Umfang. Eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland lehnen wir entschieden ab, Sanktionen sind ein zentrales Instrument zum Schutz von Völkerrecht, Sicherheit und Abschreckung.

5



Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie, Transparenz

Demokratie lebt vom Mitmachen, und Mitmachen darf nicht vom Zufall abhängen. Die Partei des Fortschritts will Bürgerbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern gesetzlich verankern: verbindlich, digital und auf allen Ebenen. Direkte Demokratie ergänzt das Parlament. Wer Vertrauen in Politik zurückgewinnen will, muss echte Mitsprache ermöglichen.

Ein Landesbeteiligungsgesetz soll alle Kommunen verpflichten, kontinuierlich partizipative Projekte einzurichten, bei Stadtentwicklung, Infrastruktur, Umwelt- und Haushaltsfragen. Beteiligung darf nicht vom politischen Willen einzelner Gemeinden abhängen; sie muss strukturell verankert sein. Wir setzen dafür auf folgende Instrumente:

- Einführung direkter Beteiligung auf Landkreisebene.
- Digitale Unterschriftensammlung mit sicheren Authentifizierungsverfahren.
- Landesgesetzliche Verankerung von Bürgerräten per Losverfahren als dauerhafte Institution: Der Bundestag schloss seine Bürgerrat-Geschäftsstelle im Dezember 2025; Mecklenburg-Vorpommern kann das Modell eigenständig verankern, statt auf den Bund zu warten.
- Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters für das Land Mecklenburg-Vorpommern: Wer Einfluss auf Landespolitik nimmt, muss offenlegen, in wessen Auftrag und mit welchen Mitteln. Ein Bundesregister gibt es seit 2022; MV hat noch keins.
- Einrichtung eines Kommunalrats: ein formales Gremium, in dem Bürgermeister:innen und Landräte aus ganz MV im dauerhaften Dialog mit der Landesregierung stehen, um Probleme vor Ort frühzeitig in Landespolitik einzuspeisen.
- Schutz von Kommunalpolitiker:innen: Angriffe auf ehrenamtlich Tätige nehmen zu. Wir setzen uns für bessere rechtliche Schutzinstrumente und für eine spürbare Attraktivitätssteigerung kommunalpolitischer Ämter ein.
- Einbezug der jüngeren Generationen.

Einheitliche Mindeststandards erhöhen die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Bürger vertrauen Verwaltungen mehr, wenn sie wissen, dass ihre Stimme zählt.

Direkte Demokratie und Volksentscheide

Direkte Demokratie ersetzt das Parlament nicht, aber sie schafft, was es allein nicht bietet: Volksbegehren, Bürgerräte, faire Quoren. Digitale Unterschriftensammlungen und niedrigere Quoren senken die Hürden für Volksbegehren. Bürgerräte helfen, komplexe Themen faktenbasiert zu diskutieren und schützen vor Missbrauch durch populistische Kampagnen.

Politische Bildung und Zugangsgerechtigkeit

Beteiligung braucht Wissen. Politische Bildung soll in Schulen, Volkshochschulen und über Online-Angebote ausgebaut werden. Zugang zu Mitbestimmung darf nicht vom Bildungsgrad, Alter oder Einkommen abhängen. Wer versteht, wie Demokratie funktioniert, kann sie gestalten und ist weniger anfällig für Populismus.

Jugend und politische Teilhabe

Junge Menschen sind parteiverdrossen, aber nicht politikverdrossen. Sie wollen Mitsprache, aber kein Parteisoldatentum. Wir setzen auf konkrete Beteiligungsstrukturen, die Jugendliche ernst nehmen.

- Jugendmitwirkungsgesetz MV: gesetzliche Verankerung von Mitbestimmungsrechten für Kinder und Jugendliche bei der Erstellung von Jugendförderplänen und relevanten Landesentscheidungen. Vorbild ist das Berliner Jugendförder- und Beteiligungsgesetz (in Kraft seit 2022).
- Landeskinder- und Jugendparlament als Beratungsgremium des Landtags, gewählt oder per Entsendung aus Kreiskinder- und Jugendparlamenten.
- Kinder- und Jugendbeauftragte:r der Landesregierung als institutioneller Anker für Jugendbeteiligung auf Landesebene.
- Jugendfonds MV: Landesfördertopf für Jugendprojekte, der direkt an Initiativen und Vereine ausgezahlt wird, ohne kommunalen Umweg.
- AG Demokratie an Schulen: verpflichtendes außercurriculares Angebot, das Kinder und Jugendliche früh mit den Strukturen von Politik und Mitbestimmung vertraut macht.

Kein Bundesland hat bisher ein eigenständiges Jugendmitwirkungsgesetz verabschiedet. MV kann das erste sein.

6



Integration und Migration

Integration braucht klare Regeln, schnelle Verfahren und Respekt vor der Menschenwürde. Ziel ist, Integration von Anfang an zu ermöglichen, durch Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und digitale Verwaltungsprozesse, die Missbrauch verhindern, aber Menschenwürde und Eigenverantwortung respektieren.

Migration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ihre erfolgreiche Umsetzung findet aber vor Ort statt. Die Kommunen tragen die Hauptlast, haben jedoch zu wenig Mitsprache. Eine landesweite Konferenz wertet die kommunale Stimme auf, fördert den Austausch funktionierender Modelle und erhöht den politischen Druck auf Bund und EU, praktikable Regelungen zu schaffen. Dies entspricht der PdF-Grundlinie, Entscheidungen bürgernah und faktenbasiert zu treffen.

Wir setzen auf eine faire Bezahlkarte für Geflüchtete mit länderübergreifender Kooperation, damit Karteninhaber sich frei innerhalb Deutschlands bewegen können. Die Karte verhindert Missbrauch und Geldabfluss ins Ausland, ohne digitale Ausgrenzung zu erzeugen. Digitale Lösungen und klare Regeln halten die Verwaltung effizient, ohne Geflüchtete zu stigmatisieren.

| Frühe Integration durch Arbeit und Engagement

Geflüchtete sollen innerhalb weniger Wochen in gemeinnützige Tätigkeiten einbezogen werden können, etwa in der Gemeinde, bei Pflege- und Umweltprojekten oder im städtischen Dienstleistungsbereich (z. B. Reinigung öffentlicher Flächen). Ziel ist ein klarer Pfad von sozialem Engagement über Qualifizierung hin zur regulären Beschäftigung.

Wer früh arbeitet, lernt schneller die Sprache und wird seltener abhängig von Transferleistungen. Frühes Mitwirken am Gemeinwesen reduziert soziale Spannungen, verbessert Sprachkenntnisse und Selbstständigkeit. Dieses Modell entspricht dem PdF-Grundsatz „Integration durch Arbeit und Ausbildung“ und setzt auf Eigenverantwortung statt Passivität.

| Menschlichkeit und Rechtsstaat

Jede Integrationspolitik muss an den Werten des Grundgesetzes orientiert bleiben. Das bedeutet klare Verfahren, aber auch Respekt vor der Menschenwürde. Abgelehnte Asylbewerber sollen geordnet und rechtskonform zurückgeführt werden; gleichzeitig müssen legale Bleibeperspektiven und Sprachangebote ausgebaut werden.

Wir lehnen Populismus und Symbolpolitik ab. Es geht um Ordnung, Menschlichkeit und Fortschritt durch klare Regeln und digitale Prozesse.

| Leitprinzipien der Integrationspolitik

Migration und Integration sind organisatorische Herausforderungen, keine ideologischen. Wir fordern rechtssichere Verfahren, setzen auf Integration durch Teilhabe und Digitalisierung, und wollen eine Gesellschaft, in der alle, die hier leben, Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag leisten.

7

Bildung, Kultur, Medien, Forschung

Was Kinder in der Schule lernen, bestimmt, was das Land in zwanzig Jahren kann. Wir stehen für ein gerechtes, modernes und langfristig tragfähiges Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern, das digitale Kompetenz, handwerkliche Stärke und individuelle Förderung vereint. Wir fordern einheitliche Strukturen, praxisnahe Ausbildung, lebenslanges Lernen und eine Kulturpolitik, die Kreativität, Medienvielfalt und Innovation vorantreibt. Konfessionellen Religionsunterricht lehnen wir ab; stattdessen befürworten wir einen konfessionsfreien Ethikunterricht, der gemeinsame Werte vermittelt.

Schulsystem

Eine gute Grundschulausbildung setzt ausreichende Deutschkenntnisse voraus, damit Kinder dem Unterricht optimal folgen können und nicht von Anfang an benachteiligt werden. Ohne diese Voraussetzung drohen Lernrückstände, die langfristig Chancengleichheit verhindern und das Schulsystem belasten. Stattdessen sollten Sprachdefizite vor der Einschulung durch Vorbereitungsklassen oder KITAs behoben werden.

Wir sind für eine Schulform, in welcher der Unterricht auf 3 Niveaustufen abläuft. D. h. in jedem Fach gibt es eine andere Klassenzusammensetzung. Ein durchlässiges Modell ermöglicht flexible Anpassungen an den jeweils erreichbaren Bildungsabschluss. Eine Orientierung am finnischen Bildungssystem, das gezielte Förderung und Berufsvorbereitung miteinander verbindet, kann langfristig als Vorbild dienen.

An Schulen sollte die private Nutzung des Handys unterbunden werden. Zur digitalen Bildung im Unterricht können diese bzw. schuleigene Endgeräte verwendet werden.

Infoveranstaltungen verschiedener Organisationen (Bundeswehr, Polizei, DRK, etc.) stehen wir positiv gegenüber, wichtig ist uns hierbei eine neutrale Aufklärung mit Fokus auf friedensorientierte Bildung.

Schulbeginn an weiterführenden Schulen sollte frühestens 8:30 Uhr sein. Eine Meta-Analyse aus 2022 (28 Studien, 1,75 Millionen Schüler:innen) belegt, dass eine Verschiebung um mindestens 30 Minuten den Schlaf Jugendlicher im Schnitt um 41 Minuten verlängert, mit positiven Effekten auf

Gesundheit und Schulleistungen. Kein Bundesland hat diese evidenzbasierte Maßnahme bisher umgesetzt.

Ein gerechtes Schulsystem erfordert klare Voraussetzungen und flexible Strukturen. Individuelle Niveaustufen ermöglichen echte Chancengleichheit, während einheitliche Sprachstandards vor der Einschulung verhindern, dass Kinder von Beginn an zurückfallen.

Ausbau der dualen Ausbildung und beruflichen Bildung

Das Handwerk ist eine der tragenden Säulen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Zersplitterte Strukturen und unterschiedliche IHK-Vorgaben behindern Mobilität und Fairness. Wir setzen auf klare, einheitliche und digitale Strukturen, damit berufliche Bildung attraktiv und langfristig tragfähig bleibt.

- Ausbau der handwerklichen Ausbildung durch gezielte Förderung kleiner und mittlerer Betriebe.
- Gleichwertigkeit von „Meister“ und „Master“: gleiche gesellschaftliche Anerkennung, gleiche Fördermöglichkeiten.
- Modernisierung der Berufsschulen mit digitaler Ausstattung, Open-Source-Lernplattformen und praxisnaher Lehrerfortbildung.
- Vereinheitlichung der IHK-Regelungen landesweit mit gleichen Prüfungsbedingungen und Standards.

Berufliche Bildung ist eine gleichwertige Alternative zur akademischen Ausbildung. Einheitliche Strukturen und moderne Berufsschulen machen das Handwerk wettbewerbsfähig und für junge Menschen attraktiv.

Effiziente Schulverwaltung und digitale Bildungssteuerung

- Einheitliche landesweite Standards für Lehrpläne, digitale Infrastruktur und Qualitätskontrolle.
- Direkte Landesmittel für Schulen zur eigenständigen Beschaffung von digitaler Ausstattung.
- Ausbau eines zentralen IT-Verwaltungssystems für Geräte, Software und Wartung.
- Abbau von Doppelstrukturen zwischen Ministerium, Schulämtern und kommunalen Schulträgern.
- Vereinfachung von Genehmigungs- und Verwaltungsprozessen an Schulen.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine effizientere Steuerung bestehender Strukturen. Digitale Verwaltung, klare Zuständigkeiten und direkte Mittel für Schulen schaffen Verlässlichkeit und entlasten Lehrkräfte von unnötiger Bürokratie.

Digitalisierung und Medienkompetenz

- Nutzung von Open-Source-Software (z. B. Moodle, Nextcloud, LibreOffice) an Schulen und in der Bildungsverwaltung.
- Einheitliche Datenschutzstandards und einfache Nutzerverwaltung für Lehrkräfte und Schüler.
- Medienkompetenz als eigenständiger Lernbereich ab der Grundschule, mit klarer inhaltlicher Ausrichtung: Quellenkritik, Erkennen von Desinformation und KI-generierten Inhalten, kritische Social-Media-Nutzung und Grundlagen des Algorithmusverstehens. Baden-Württemberg hat 2025/26 ein Pflichtfach „Informatik und Medienbildung“ eingeführt; MV sollte nachziehen und den Schwerpunkt gezielt auf kritische Medienmündigkeit legen, nicht nur auf technische Grundfertigkeiten.
- Smartphoneverbot an Grundschulen; abgestufte Nutzungskonzepte ab der Sekundarstufe.
- Prüfung eines Mindestalters (z. B. 14–16 Jahre) für Social-Media-Nutzung mit digitaler Altersverifikation.

Digitale Bildung ist mehr als Gerätebeschaffung. Sie braucht Kompetenz, Struktur und Verantwortung. Open-Source-Lösungen sparen Geld, verbessern Datenschutz und Unabhängigkeit. Wer Geräte einführt, ohne Kompetenz aufzubauen, schafft nur teurere Ablenkung.

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

- Einführung eines digitalen Bildungspasses Mecklenburg-Vorpommern zur Bündelung von Fortbildung, Zertifikaten und Qualifikationen.
- Stärkere Förderung beruflicher Weiterbildung in Zukunftsbranchen wie IT, Pflege, erneuerbare Energien, Wasserstoffwirtschaft und maritime Technologien.
- Ausbau kommunaler Lernorte wie Volkshochschulen und regionaler Bildungszentren.
- Landesweite digitale Plattform für Weiterbildungsangebote und berufliche Neuqualifikation.
- Förderung berufsbegleitender Bildungsangebote auch im ländlichen Raum.

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss oder der Ausbildung. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein System, das Weiterbildung in jedem Lebensabschnitt ermöglicht, wohnortnah, digital

und berufsbegleitend. Weiterbildung muss im Erwachsenenalter genauso zugänglich sein wie Schule.

Sport und Gesundheit im Bildungssystem

- Ausbau des Schulsports mit verlässlichem Unterricht in allen Schulformen.
- Sicherstellung eines flächendeckenden Schwimmunterrichts, insbesondere durch die Nähe zur Ostsee und zu zahlreichen Binnengewässern.
- Ausbau von Kooperationen zwischen Schulen und regionalen Sportvereinen zur Förderung von Bewegung, Teamgeist und sozialer Integration.
- Priorisierte Sanierung und Modernisierung von Schulsportanlagen, Außensportanlagen und Schwimmstätten.
- Ergänzung des praktischen Sportunterrichts durch Theorieeinheiten zu Gesundheit, Bewegung und Trainingsgrundlagen.
- Vermittlung von Wissen über eigenständiges Training: Ausdauer, Kraft, Mobilität, Regeneration und Prävention.
- Aufzeigen konkreter Möglichkeiten, wie Jugendliche außerhalb von Schule und Verein eigenständig Sport treiben können.
- Ausbau von Gesundheitsbildung zu Ernährung, Belastbarkeit und langfristiger Prävention.

Schulen sollen Sport anbieten und Gesundheitskompetenz vermitteln. Ziel ist, dass junge Menschen lernen, eigenständig aktiv zu bleiben, ihre Fitness zu erhalten und Bewegung dauerhaft in ihr Leben zu integrieren. Wer früh lernt, sich zu bewegen, tut es eher auch als Erwachsener.

Reform des Rundfunkbeitrags

- Umwandlung des Rundfunkbeitrags in ein optionales Abo-System („On-Demand-Modell“), mit Basis-Zugang zu Informationsprogrammen und optionalen Premium-Angeboten.
- Deutliche Reduzierung des Pflichtbeitrags, gekoppelt an Transparenz und Kostenkontrolle.
- Klare Fokussierung auf die Kernaufgaben Information, Bildung und Kultur.
- Vollständige Transparenz bei Strukturen, Entscheidungsprozessen und Vergütungen sowie eine Begrenzung übermäßiger Gehälter.
- Eine Reform der Rundfunkräte zur Festigung politischer Neutralität, pluraler Kontrolle und institutioneller Unabhängigkeit.

Medienvielfalt braucht Unabhängigkeit. Eine Abschaffung des Beitrags würde die Medienlandschaft kommerzialisieren und den freien Zugang zu Bildungs-, Informations- und Kulturangeboten gefährden. Gleichzeitig ist das System reformbedürftig: zu komplex, intransparent und strukturell überdimensioniert. Ziel ist ein schlanker, effizienter öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit klarem Fokus auf seinen Grundauftrag.

Förderung von Musik, Kunst und kultureller Bildung

Kulturelle Bildung ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe: Sie fördert Kreativität, Empathie und Identität. Wir setzen auf einen Landesfonds für Musikschulen, Orchester und künstlerische Oberstufen, steuerliche Erleichterungen für gemeinnützige Kulturinitiativen und den Ausbau kultureller Bildung in den schulischen Lehrplänen.

Förderung des E-Sports und digitaler Kultur

- Aufbau einer Landesinitiative für E-Sport, Gaming und digitale Bildung.
- Gründung eines unabhängigen, gemeinnützigen E-Sport-Verbandes Mecklenburg-Vorpommern.
- Ausbau von Hochschulen und Schulen als zentrale Standorte für E-Sport und Medienbildung.
- Förderung regionaler E-Sport- und Gaming-Events in allen Landesteilen.
- Unterstützung lokaler Vereine und Initiativen beim Aufbau nachhaltiger Strukturen.
- Ausbau von Medienkompetenz- und Präventionsangeboten im Umgang mit digitalen Medien.

E-Sport und digitale Kultur sind Teil der Lebensrealität junger Menschen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über Hochschulen und engagierte lokale Initiativen, die bislang unverbunden nebeneinander existieren. Landesweite Strukturen und die Vernetzung von Vereinen, Schulen und Hochschulen verankern E-Sport nachhaltig und treiben die digitale Entwicklung des Landes voran.

Ausbau von Club- und Veranstaltungsstruktur

- Senkung bzw. differenzierte Ausgestaltung der Vergnügungssteuer zur finanziellen Entlastung von Clubs und Veranstaltungsorten.
- Einrichtung eines landesweiten Club- und Livemusik-Fonds zur direkten Förderung kultureller Spielstätten und Live-Formate.
- Unterstützung bei Miet- und Standortkosten, insbesondere durch Zwischennutzung leerstehender Gebäude für Kulturprojekte.
- Modernisierung des Lärmschutzes mit dem Ziel, bestehende Clubs als kulturelle Standorte langfristig zu sichern.
- Bürokratieabbau und vereinfachte Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen und kleinere Kulturformate.
- Ausbau von Nachtmobilität zur besseren Erreichbarkeit von Kultur- und Veranstaltungsorten, auch in ländlichen Regionen.

Clubs und Veranstaltungsorte sind zentrale Orte kultureller Teilhabe, insbesondere für junge Menschen, und stärken die regionale Kultur- und Kreativwirtschaft. Im Mittelpunkt stehen die nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung dieser Strukturen durch gezielte Entlastungen, moderne Rahmenbedingungen und direkte Förderung.

8

Soziales und Familie

Familienpolitik muss funktionieren, egal ob zwei Eltern, Alleinerziehende oder Patchwork. Wir stehen für eine gerechte, verlässliche und moderne Sozialpolitik, die echte Entlastung schafft, soziale Teilhabe fördert und würdige Lebensverhältnisse für alle sichert. Sozialsysteme müssen verlässlich und missbrauchssicher sein; Altersarmut bekämpfen wir durch ein gesichertes Existenzminimum. Finanziert wird das durch eine zeitgemäße Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung hoher Erbschaften.

Gerechte und bezahlbare Kinderbetreuung

Wir setzen auf ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell, das niedrige Einkommen stärker entlastet. Landeszuschüsse fließen an Kommunen, die sich zur Umsetzung verpflichten. Warme Verpflegung soll Teil der Betreuungsleistung sein; Fördermittel für Sportvereine und Freizeitangebote werden gezielt für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten ausgebaut. Zielgerichtete Mittel wirken sozialer als pauschale Geldtransfers.

Landeserziehungsgeld und steuerliche Entlastung

Familien leisten täglich einen gesellschaftlichen Beitrag, der nicht ausreichend gewürdigt wird. Ein Landeserziehungsgeld als Ergänzung zum Bundeselterngeld gibt Mecklenburg-Vorpommern ein eigenes familienpolitisches Profil und entlastet besonders Familien mit mittlerem Einkommen. Höhere Kinderfreibeträge und eine zusätzliche Steuerreduzierung ab dem zweiten Kind setzen gezielte Anreize statt bürokratische Umverteilung.

Unterstützung sozial schwächerer Familien

Teilhabe beginnt beim Alltag. Kinder sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern Zugang zu Sport, Musik und Gemeinschaft haben. Wir fördern Eigenverantwortung und Inklusion, soziale Unterstützung ohne Stigmatisierung.

Konkrete Familienleistungen

- Einführung eines konkreten Sachleistungspakets für Neugeborene statt reiner Geldleistung, unbürokratisch über Sozialbehörden ausgegeben.
- Vereinsgebühren für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten sollen vom Land übernommen werden.
- Bezuschussung der Fahrausbildung für junge Menschen, besonders außerhalb der Städte, um Mobilität und Teilhabe im ländlichen Raum zu sichern.

Diese Leistungen setzen dort an, wo staatliche Unterstützung unmittelbar wirkt: beim Start ins Leben, bei gesellschaftlicher Teilhabe und bei der Mobilität im ländlichen Raum. Wir bevorzugen gezielte, nachvollziehbare Sachleistungen gegenüber pauschalen Geldtransfers, weil sie Wirkung sicherstellen und Familien konkret entlasten.

Digitalisierung und Verwaltungsvereinfachung

- Einheitliches Online-Portal für Familienleistungen (z.B. Kita-Anmeldung, Elterngeld, Landeszuschüsse).
- Automatisierte Prüfung von Einkommen und Zuschüssen, um Bürokratie abzubauen.
- Einheitliche IT-Strukturen zwischen Land und Kommunen.

Viele Familien müssen heute Dutzende Formulare bei verschiedenen Behörden einreichen. Digitale Verwaltung spart Zeit, Geld und Nerven, für Bürger wie für Ämter. Dies steht im Einklang mit dem PdF-Leitmotiv: Digitalisierung als Werkzeug für soziale Effizienz.

Soziale Gerechtigkeit und kommunale Verantwortung

Das Land unterstützt Kommunen verpflichtend, wenn sie sozial gerechte Beitragsmodelle umsetzen. Ein Monitoring-System schafft Transparenz über Gebühren, Betreuungsqualität und Auslastung. Alle familienpolitischen Leistungen werden regelmäßig auf Wirksamkeit überprüft; Programme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden ausgebaut, insbesondere durch flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuung am Arbeitsplatz.

Familienpolitik braucht verlässliche Regeln, keine Sonderlösungen je nach Gemeinde. Land und Kommunen tragen gemeinsam Verantwortung: mit klaren Regeln, digitaler Kontrolle und verlässlicher Finanzierung, durch Struktur und Transparenz.

| Soziale Balance im Land

Soziale Politik ist nur dann fortschrittlich, wenn sie langfristig trägt. Familienfreundliche Strukturen festigen Wirtschaft, Gesellschaft und das Vertrauen in den Staat. Pflegende Angehörige leisten einen unverzichtbaren Beitrag; ihre finanzielle Anerkennung durch das Land muss mit klaren Kriterien und wirksamen Kontrollen ausgestaltet sein, damit Mitnahmeeffekte ausgeschlossen werden. Wer Verantwortung übernimmt, soll das spüren.

9

Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik

Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr Ärzte auf dem Land, faire Bedingungen für Pflege und Heilmittelberufe sowie eine konsequente Digitalisierung mit sicheren Daten. Prävention, Ernährung und Suchtpolitik gehören zusammen gedacht. Wir stehen für eine Gesundheitsversorgung, die überall im Land ankommt.

Regionale Gesundheitsversorgung sichern

- Landesprogramm zur Förderung von Haus- und Fachärzten in unterversorgten Regionen durch Zuschüsse und Niederlassungsprämien.
- Gezielte Krankenhausförderung nach regionalem Bedarf und Versorgungsauftrag.
- Ausbau mobiler Arztpraxen und telemedizinischer Angebote.
- Ausbau medizinischer Versorgungszentren im ländlichen Raum.
- Förderung digitaler Facharztsprechstunden zur Überbrückung langer Wege.
- Förderung der Niederlassung von Psychotherapeuten in ländlichen und unterversorgten Regionen durch Zuschüsse und Niederlassungsprämien, analog zur Förderung von Ärztinnen und Ärzten.

Wohnortnahe Versorgung und faire Vergütungsstrukturen sind zwei Seiten derselben Medaille. Gesundheitszentren bündeln Kompetenzen dort, wo sie gebraucht werden. Das Kumulationsverbot betrifft ambulante Pflegedienste: Es verhindert heute, dass mehrere Leistungen eines Besuchs gleichzeitig abgerechnet werden, ein bürokratisches Hindernis, das die Versorgung in der Fläche ausbremst. Eine kilometergebundene Wegepauschale verbessert zudem die Wirtschaftlichkeit ambulanter Dienste in dünn besiedelten Regionen.

Medizinische Ausbildung und Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern soll mit regionalem Bedarf verknüpft werden, um Absolventen gezielt im Land zu halten.

Heilmittelerbringer und psychotherapeutische Versorgung

Physiotherapeutinnen, Ergotherapeuten und Logopädinnen leisten unverzichtbare Versorgungsarbeit, sind aber strukturell benachteiligt: Schulgeld für die Ausbildung, fehlende

Vergütung während der Ausbildungszeit und unzureichende Wegepauschalen im ländlichen Raum machen diese Berufe unattraktiv und schwächen die Versorgung in der Fläche.

- Schulgeldfreiheit in Heilmittelberufen: Wir schaffen das Schulgeld an staatlichen Schulen für Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie ab.
- Einführung einer angemessenen Ausbildungsvergütung an staatlichen Schulen für Heilmittelberufe, vergleichbar mit der Regelung für Pflegeberufe.
- Kilometergebundene Wegepauschale für Heilmittelerbringer, die Hausbesuche in ländlichen Regionen durchführen, analog zur ambulanten Pflege.
- Zulassungsregelungen: Über die Gesundheitsämter nimmt das Land Einfluss auf eine bedarfsgerechte Verteilung von Kassenzulassungen in unterversorgten Regionen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung eines Direktzugangs zu Heilmittelerbringern ein, damit Patientinnen und Patienten ohne Umweg über eine Arztpraxis Zugang zu Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie erhalten. Das senkt Wartezeiten und entlastet Arztpraxen.

Auch die psychotherapeutische Versorgung ist in Mecklenburg-Vorpommern, besonders im ländlichen Raum, unzureichend. Wartezeiten von Monaten sind keine Ausnahme. Wir setzen uns auf Bundesebene für mehr Kassensitze in der Psychotherapie und eine Überprüfung der Bedarfsplanung ein. Auf Landesebene wollen wir psychotherapeutische Beratungsangebote an Schulen ausbauen und in die Schulsozialarbeit integrieren.

Strukturreformen in der Versorgung

Gesundheitszentren im ländlichen Raum bündeln interdisziplinäre Grundversorgung dort, wo sie gebraucht wird. Zwei Bundesregelungen bremsen heute die ambulante Versorgung in der Fläche aus: das Kumulationsverbot bei der Leistungsabrechnung und eine Wegepauschale, die nicht an tatsächlich gefahrene Kilometer gekoppelt ist. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung beider Hemmnisse ein.

Akademisierung der Pflege

Pflegekräfte mit Hochschulabschluss sollen erweiterte Kompetenzen erhalten, inklusive Ordnungsrecht für Hilfsmittel und Pflegeleistungen. Ob und in welchem Umfang akademisch ausgebildete Pflegekräfte darüber hinaus Arzneimittel verordnen dürfen, soll auf Bundesebene evidenzbasiert erprobt und geregelt werden. Da das Ordnungsrecht bundesgesetzlich geregelt ist, setzen wir uns auf Bundesebene über den Bundesrat für diese Änderung ein.

Mehr Kompetenz bedeutet mehr Attraktivität, und damit mehr Nachwuchs für einen der wichtigsten Berufe unserer Gesellschaft. Mecklenburg-Vorpommern soll diese Reform über eine Bundesratsinitiative anstoßen.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

- Flächendeckender Ausbau der elektronischen Patientenakte (ePA) mit klarer Nutzerkontrolle über Datenzugriff.
- Datensicherheit durch Zusammenarbeit mit IT-Experten und dem Chaos Computer Club (CCC).
- Standardisierte digitale Prozesse zwischen Kliniken, Ärzten und Pflegeeinrichtungen zur Reduzierung von Dokumentationsaufwand.
- Pilotprojekte für KI-gestützte Diagnose- und Verwaltungssysteme unter ärztlicher Aufsicht.

Digitalisierung kann Leben retten, wenn sie sicher, transparent und patientenorientiert gestaltet ist. Die ePA darf kein Bürokratiemonster werden, sondern muss Behandlungsqualität und Effizienz verbessern. Mecklenburg-Vorpommern soll hier Vorreiter werden, mit sicherer Technik und realitätsnaher Umsetzung.

Förderung der Pflege und der Pflegeberufe

- Landespflegeoffensive MV: gezielte Förderung für Ausbildung, Weiterbildung und Rückkehr in Pflegeberufe.
- Angemessene Vergütung und Arbeitszeitmodelle, um Pflegeberufe wieder attraktiv zu machen.
- Digitalisierung von Krankenkassen, um Dokumentation zu vereinfachen und Zeit für Menschen zu gewinnen.
- Pflege-Innovationsfonds zur Unterstützung von Projekten für intelligente Assistenzsysteme, Telepflege und Quartierskonzepte.

Pflege ist keine Kostenstelle, sondern Kern sozialer Verantwortung. Wir wollen eine Pflegepolitik umsetzen, die Berufsethik mit moderner Technik verbindet. Nur mit besseren Bedingungen und fairer Bezahlung bleibt Pflege menschlich und langfristig tragfähig.

Finanzierung und Fairness im Gesundheitssystem

- Umlage der Krankenkassenkosten nach norwegischem Vorbild: Beiträge sollen sich an tatsächlicher Leistungsfähigkeit und Versorgungsbedarf orientieren. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine entsprechende Reform ein.
- Transparente Krankenhausfinanzierung: Landesmittel müssen gezielt in Grundversorgung, Notfallmedizin und Digitalisierung fließen, nicht in ineffiziente Doppelstrukturen.
- Landesweiter Gesundheitsmonitor zur Erfassung von Bedarfen, Personalstand und Versorgungssicherheit.

Das Gesundheitssystem muss solidarisch, aber effizient sein. Mit einer transparenten Kostenverteilung und klaren Prioritäten kann Mecklenburg-Vorpommern Vorbild werden: weniger Bürokratie, mehr Versorgung.

Ernährung und Prävention

- Einführung eines Landesprogramms „Gesunde Ernährung in Schule und Betrieb“, das Aufklärung, regionale Produkte und gesunde Kantinenstandards kombiniert.
- Förderung regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft zum Aufbau kurzer Lieferketten.
- Präventionskampagnen zu Bewegung, Ernährung und psychischer Gesundheit, digital und barrierefrei.

Gesundheit beginnt beim Essen. Ernährungsbildung und Prävention sind die günstigsten und wirksamsten Gesundheitsstrategien. Mecklenburg-Vorpommern soll Gesundheitspolitik als Querschnittsaufgabe verstehen, von der Landwirtschaft bis zum Schulunterricht.

Drogen- und Suchtpolitik

- Evidenzbasierte und entkriminalisierende Drogenpolitik, die auf Prävention, Beratung und Schadensminimierung setzt.
- Begleitete Cannabisfreigabe nach Bundesmodell, kombiniert mit Jugendschutz, Präventionsarbeit und Forschung.
- Ausbau von Suchtberatungsstellen und sicheren Konsumräumen.

- Null-Toleranz bei Handel mit harten Drogen, aber Fokus auf Therapie statt Strafe für Abhängige.

Strafverfolgung schützt nicht vor Sucht, Aufklärung und Unterstützung schon. Wir stehen für eine faktenbasierte, humane Drogenpolitik: Schutz der Gesellschaft durch Prävention, nicht durch Ideologie.

10

Umwelt, Klima, Energie

Mecklenburg-Vorpommern trägt mit seinen Küsten, Seenplatten und Wäldern eine besondere Verantwortung für Natur und Klima. Wir stehen für pragmatischen, technologieoffenen Umweltschutz: rascher Ausstieg aus fossilen Energien, Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter der Energiewende, Kreislaufwirtschaft statt Einweg und Waldschutz als Klimastrategie. Klimaneutralität bis 2045 ist das Ziel, erreichbar durch Forschung, regionale Wertschöpfung und Aufklärung statt Bevormundung.

Schutz der Wälder und nachhaltige Forstwirtschaft

- Aufbau klimaresilienter Mischwälder mit gezielter Förderung heimischer, widerstandsfähiger Baumarten.
- Einsatz moderner Technologien wie Drohnen zur Wiederaufforstung und Überwachung geschädigter Waldflächen.
- Bekämpfung von Borkenkäferbefall durch Kombination aus Monitoring, Holzverwertung und gezieltem Einschlag.
- Reduktion von Stickstoffeinträgen durch nachhaltige Landwirtschaft und emissionsärmeren Verkehr.

Rund ein Viertel der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommerns ist bewaldet, weniger als im Bundesdurchschnitt, aber ein bedeutender ökologischer und ökonomischer Wert, den es zu erhalten und auszubauen gilt. Trockenheit, Stürme und Schädlingsbefall gefährden jedoch zunehmend diese Bestände. Ein gesunder Wald ist die effektivste CO₂-Senke; Waldschutz ist deshalb zentraler Klimaschutz. Wir setzen auf wissenschaftlich fundierte, technologiegestützte und realistische Waldpolitik statt auf ideologische Schonungsflächen.

Förderung der Kreislaufwirtschaft

- Aufbau regionaler Kreislaufwirtschaftsmodelle in Kooperation mit Industrie und Kommunen.
- Förderung von Recycling-Innovationen, Wiederverwertung und CO₂-armen Produktionsverfahren.
- Einführung eines Landesprogramms „Zero Waste MV“ für ressourceneffiziente Kommunen.
- Unterstützung von Start-ups in den Bereichen Recyclingtechnologie, Materialkreisläufe und CO₂-Reduktion.

Klimaschutz braucht geschlossene Wirtschaftskreisläufe, nicht Einweg-Strukturen. Kreislaufwirtschaft schafft Arbeitsplätze, spart Ressourcen und reduziert Emissionen. Wir verstehen Nachhaltigkeit als technologischen und ökonomischen Fortschritt, nicht als Verzicht.

Umweltfreundliche Technologien und Innovation

- Landesweite Innovationsförderung für umweltfreundliche Technologien, insbesondere in Energieeffizienz, Speichertechnik, Wasserstoff, CO₂-Abscheidung (CCS) und Nutzung industrieller Abwärme.
- Förderung von Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen, Start-ups und Industrie zur Entwicklung marktreifer Lösungen für ländliche und städtische Regionen.
- Öffentliche Beschaffung soll bevorzugt nachhaltige Technologien einsetzen, etwa CO₂-arme Heizsysteme, Wasserstoffkomponenten und energieeffiziente Schiffsantriebe.

Mecklenburg-Vorpommern kann mit Windenergie, maritimer Technologie und klimaneutralen Energielösungen zum Vorreiter im Norden werden. Innovationen aus Hochschulen und Unternehmen müssen schneller in die Praxis gelangen. Kein Anwendungsfall ist wie der andere, deshalb legen wir uns nicht auf eine Technologie fest.

Ausbau der Fernwärmeversorgung und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

- Erhöhung des Anteils der Haushalte mit Fernwärmeanschluss in den größeren Städten (Rostock, Schwerin, Neubrandenburg) bis 2045.
- Förderung von KWK-Anlagen auf Basis erneuerbarer Brennstoffe (Holz, Biomasse) und grünem Wasserstoff, insbesondere in der Industrie und in Gewerbegebieten.
- Integration industrieller Abwärme aus Schiffswerften, Produktionsanlagen und Kraftwerken in lokale Fernwärmenetze.

- Aufbau regionaler Energieverbünde („Zwischennetze“) entlang der Hansestädte und an der Küste, um Wärme überschüssig erzeugender Betriebe zu nutzen.
- Förderung kleiner, hocheffizienter Mini-KWK-Anlagen in Mehrfamilienhäusern und kommunalen Gebäuden.

Der Gebäudesektor verursacht einen erheblichen Teil der Emissionen in MV. Fernwärme und KWK-Systeme sind zentrale Bausteine einer effizienten Wärmewende, besonders in Städten mit älteren Wohnungsbeständen. MV kann durch den Umbau von Heizungs- und Kraftwerksanlagen auf Biomasse, Abwärme und Wasserstoff klimaneutral heizen, bezahlbar und planbar.

Klimaneutrale Energietechnologien und Effizienz

- Förderung klimaneutraler Industrie- und Transporttechnologien dort, wo direkte Elektrifizierung nicht praktikabel ist: Für diese Sektoren ist grüner Wasserstoff ein naheliegender Ansatz, da MV durch seinen Windkraftüberschuss eine günstige Ausgangsposition für die Produktion hat.
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für klimaneutrale Energieträger und deren Speicherung.
- Technologieoffene Förderung: Welche Lösung im Einzelfall die beste ist, hängt vom Anwendungsfall ab. Wir schaffen Rahmenbedingungen für den Wettbewerb der besten Lösungen.
- Kampagne zur Energieeinsparung in Haushalten („1 Grad weniger, 6 % CO₂ sparen“).

MV hat durch seinen Windkraftüberschuss eine strukturelle Stärke bei erneuerbaren Energien. Diese Stärke in regionale Wertschöpfung umzuwandeln, erfordert keine Festlegung auf eine einzelne Technologie, sondern ein gutes Investitionsklima und schnelle Genehmigungsverfahren. Kleine Maßnahmen wie Energieeinsparung sind kurzfristig wirksam und volkswirtschaftlich sinnvoll.

Bildung und Bewusstseinsförderung

- Einführung eines Schulmoduls „Klimawissen & Energiekompetenz“ ab der Sekundarstufe I.
- Öffentliche Informationskampagnen zu Klimaschutz, Ressourcennutzung und regionaler Energieproduktion.
- Förderung von Bürgersolarprojekten und lokalen Energiegenossenschaften, insbesondere in kleineren Gemeinden und Inseln.

Wer versteht, warum Energie sparen sinnvoll ist, tut es freiwillig. Wir setzen auf Aufklärung statt Zwang, besonders im ländlichen Raum.

11

Digitales und Digitalisierung

Digitalisierung ist ein Werkzeug für Freiheit und Effizienz, kein Selbstzweck. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine bürgernahe digitale Verwaltung, flächendeckendes Hochgeschwindigkeits-Internet und digitale Kompetenzen für alle Generationen. Wer den digitalen Weg nicht gehen kann oder will, darf nicht abgehängt werden: Analog bleibt ein gleichwertiges Recht.

Digitale Verwaltung und Bürgernähe

- Stufenweise „Digital-by-Default“-Orientierung bis 2035, mit klarer Trennung: Wo digital möglich, soll der digitale Weg erleichtert und bevorzugt sein, aber es bleibt immer ein analoger Zugang für alle, die ihn benötigen.
- Ausbau und Vereinheitlichung der Landes-Service-Plattform (z. B. „Service MV“) mit klarer Zielsetzung: Benutzerfreundliche, barrierearme Oberflächen, die auch für ältere und technisch weniger erfahrene Nutzerinnen und Nutzer zugänglich sind.
- Einrichtung einer Landesagentur für digitale Verwaltungspolitik zur zentralen Koordination, Standardisierung und Qualitätskontrolle.
- Verbindliche Zielvorgaben für Behörden: Reduktion von Papierakten, schrittweise Umstellung auf elektronische Ablage, verstärkte Nutzung elektronischer Signaturen, schrittweise Reduktion von Faxprozessen.
- Entwicklung einer Landes-BürgerApp mit zentralen Funktionen: Anträge, Terminvergabe, Mitteilung von Ordnungswidrigkeiten, einfache Bürgerbeteiligung und Rückmeldungswege.

Digitalisierung darf nicht zu einem „digital favoring“ führen, bei dem vor allem jüngere, technikaffine Bürgerinnen und Bürger profitieren. Die Verwaltung in MV bleibt dualer Zugang: digital erleichtert, analog gesichert.

Papierarmere Verwaltung und Nachhaltigkeit

- Verbindliche Reduktionsziele für Papierverbrauch in Landes- und größeren Kommunalbehörden (z. B. 5 % pro Jahr), mit Berichtspflicht und begleitenden Maßnahmen.
- Schrittweise Umstellung auf papierarme Prozesse bis 2036.
- Einführung von Schulungs- und Coaching-Programmen für Behördenmitarbeiter zu digitaler Aktenführung, Datensicherheit und Compliance.
- Prüfung und adaptierter Einsatz interoperabler Technologien für sichere Datenverwaltung zwischen Land, Kommunen und Kammern.

Eine stärker papierarme Verwaltung senkt Kosten, Ressourcenverbrauch und CO₂-Last. Gleichzeitig schafft sie mehr Transparenz. Die Herausforderung liegt in der Überführung alter Prozesse und der Akzeptanz vor Ort, nicht nur in der Technik.

Elektronische Zahlungsoptionen

- Verbindliche Einführung elektronischer Zahlungsmöglichkeiten bei allen größeren Zahlstellen des Landes und größerer Kommunen.
- Förderung von Zahlungsinfrastruktur in ländlichen Regionen.
- Gleichzeitige Absicherung des Bargeldes: Bargeld bleibt als Recht und wichtiger Zugang erhalten.
- Entwicklung oder Nutzung interoperabler Zahlungsstandards, die in bestehende kommunale Systeme integriert werden können.

Bezahlen im Rathaus sollte mindestens so einfach sein wie Online-Einkaufen. Elektronische Zahlungen schaffen Effizienz, Transparenz und einfache Nachvollziehbarkeit. Gleichzeitig muss der Zugang für alle Bevölkerungsgruppen gesichert bleiben.

Förderprogramme für Handwerk und Mittelstand

- Zusammenführung aller Förderprogramme in einer digitalen Plattform „Handwerk-Digital MV“.
- Förderung von Digitalisierungsprojekten (Software, Prozessoptimierung, KI-Nutzung).
- Vereinfachte Antragsverfahren, digitale Nachweise, unbürokratische Bearbeitung.
- Ausweitung der Förderung auch auf Landwirtschaft und Kleinstbetriebe.

Kleinen Betrieben und Handwerkern fehlt oft die Zeit für digitale Umstellungen. Gezielt gebündelte Förderwege und schlanke Antragsverfahren senken diese Hürde, ohne Bürokratie durch die Hintertür.

Zugang zu digitaler Infrastruktur und Tools

- Flächendeckender Glasfaserausbau und 5G bis 2030, Fokus auf ländliche Regionen.
- Internetgeschwindigkeit als Bestandteil der Daseinsvorsorge gesetzlich festzuschreiben.
- Offene, interoperable Plattformen nach Open-Source-Prinzip.
- Förderprogramme für digitale Bildung und Weiterbildung in allen Altersgruppen.
- Ausbau digitaler Tools für Nachhaltigkeit (z. B. Abfall-, Wasser- oder Energiedatenplattformen).

Digitale Teilhabe ist Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Kein Bürger darf offline von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Open Source garantiert Transparenz, Sicherheit und Innovationskraft.

Künstliche Intelligenz (KI) und Zukunftskompetenzen

- KI-Bildungsoffensive: Pflichtmodul KI in Schulen und Berufsschulen, praxisnahe Fortbildung für Arbeitnehmer.
- Aufbau regionaler KI-Labore in Städten und Landkreisen zur praktischen Nutzung.
- Förderung von KMU und Start-ups bei der Implementierung von KI-Anwendungen.
- Entwicklung landesspezifischer Leitfäden zu Datenschutz, Ethik und Einsatz von KI.
- Landesweites Monitoring der KI-Kompetenzentwicklung.
- Konsequente Umsetzung des EU AI Act in Landesbehörden und öffentlichen Diensten: Mecklenburg-Vorpommern richtet seine Beschaffung und den KI-Einsatz verbindlich an den Vorgaben aus.

- Arbeitsmarktfolgen aktiv gestalten: Weiterbildungs- und Umstiegsprogramme für Branchen und Beschäftigte, die durch Automatisierung unter Druck geraten.
- Medienkompetenz als Schutz vor KI-gestützter Desinformation: Schulen und Volkshochschulen vermitteln kritischen Umgang mit KI-generierten Inhalten.

KI ist eine Schlüsseltechnologie, aber nicht jedes Problem ist mit KI besser lösbar. Ihr Einsatz hat zudem einen realen ökologischen Fußabdruck. Mecklenburg-Vorpommern soll als Kompetenzland für verantwortungsvolle KI-Anwendung auftreten: praxisnah, effizient und so, dass der Energieverbrauch von KI-Systemen nicht den Klimazielen des Landes widerspricht.

Cybersicherheit und Datenschutz

- Aufbau eines Landes-CERT (Computer Emergency Response Team) für Verwaltung und KMU.
- Einführung verpflichtender Sicherheitsstandards und Schulungen.
- Förderung von Sicherheits-Start-ups und IT-Dienstleistern in MV.
- Datensouveränität für Bürger: Bürger entscheiden, welche Daten sie freigeben. Transparent, digital, kontrollierbar.

Digitalisierung braucht Vertrauen. Sichere Systeme, Datenschutz und Transparenz sind der Kern digitaler Freiheit. Wir setzen auf offene Standards statt Überwachung, auf Kompetenz statt Kontrolle.

Digitale Mitbestimmung und Transparenz

- Integration digitaler Beteiligung in kommunale Entscheidungsprozesse: Online-Meinungsbilder, digitale Bürgerforen, digital unterstützte Bürgerräte und Abstimmungen.
- Verpflichtende Rückmeldung: „Was wurde aus Ihrem Beitrag?“, in Form von klar strukturierten Berichten und kurzen Fazits nach Beteiligungsverfahren.
- Nutzung einer zentralen Landes-Beteiligungsplattform mit offenen Schnittstellen zu kommunalen und regionalen Beteiligungs-Tools.

Digitale Demokratie soll Nähe zwischen Bürgern und Politik schaffen, nicht nur als PR-Tool genutzt werden. Transparente, digitale Prozesse festigen das Vertrauen, gerade in ländlichen Regionen, die sich oft abgehängt fühlen.

Digitalisierung in Schule, Bildung und Berufsbildung

- Ausbau flächendeckender WLAN-Infrastruktur und Endgeräte in allen Schulen, insbesondere in ländlichen Regionen.
- Standardisierung minimaler IT-Dokumentation in Schulen und Bildungsträgern auf Landesebene.
- Stärkere Kooperation zwischen Land, IHK und Handwerkskammern bei digitaler Berufsbildung.

Digitale Bildung befähigt, sie ersetzt kein analoges Lernen, sondern erweitert es. Kinder und Erwachsene sollen Technologie verstehen und selbstbestimmt nutzen. Das ist der Kern einer aufgeklärten, zukunftsfähigen Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

12



Infrastruktur, Verkehr und Regionalentwicklung

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine tragfähige, effiziente und nachhaltige Infrastruktur. Wir setzen auf Sanierung statt Neubau, auf digitale und soziale Mobilität sowie auf faire Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land. Starke Kommunen, ein ausgebauter ÖPNV und flächendeckende Ladeinfrastruktur sichern Mobilität für alle, ohne Umweltzerstörung und ohne unnötige Bürokratie.

Mobilität der Zukunft: Vernetzt, digital und sozial

Park+Ride Bonusticket. Wir wollen ein digitales „Park+Ride Bonusticket“ einführen, das günstige ÖPNV-Nutzung bei Nutzung eines P+R-Platzes ermöglicht, der Nachweis erfolgt über eine App, wobei die Nutzung auch ohne App so unkompliziert wie möglich gestaltet werden soll. Ein digitales P+R-Bonusticket reduziert den Stadtverkehr, spart CO₂ und vereinfacht den Alltag.

Vergünstigte Personenbeförderung in schlecht angebundenen Regionen.

- Einrichtung eines Landesfördertopfes „Mobilität in der Fläche“. Zuschüsse für Rufbusse, Sammeltaxis und Mitfahr-Apps.
- Evaluation bestehender Projekte (z. B. ioki, flinc).
- Gespräche mit Landkreisen über flexible Nacht- und Wochenendtarife.
- Prüfung einer kontrollierten Integration von Plattformdiensten (z. B. Uber) unter klaren Sozial- und Datenschutzregeln.

Auch wer auf dem Land lebt, braucht abends eine sichere und bezahlbare Verbindung. Digitale Plattformen und kommunale Förderung schaffen flexible Alternativen.

Freie ÖPNV-Tickets für Armutsbetroffene.

- Einführung eines landesweiten „BürgerMobil-Passes“.
- Kostenloser ÖPNV für Bürgergeld-, Wohngeld- oder Grundsicherungsbezieher.
- Automatische Ausstellung über Sozialbehörden, keine komplizierten Anträge.
- Finanzierung über einen Landesmobilitätsfonds, der bestehende Sozialtarife ergänzt.

Wer kein Geld für Tickets hat, bleibt ausgeschlossen von Bildung, Arbeit und Gesellschaft. Der BürgerMobil-Pass gibt Bewegungsfreiheit zurück und bekämpft soziale Isolation.

| Sanieren statt Bauen

Wir befürworten ein politisches Moratorium für Autobahnneubauten in Mecklenburg-Vorpommern und setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Prioritäten in der Verkehrsplanung zu verschieben.

- Landes-Sonderprogramm „Erhalt vor Neubau“: Sanierung maroder Brücken, Straßen und Bahnanschlüsse vor jedem Neubau.
- Konsequenter Ausbau des Schienennetzes, Förderung von Güterverkehr auf der Schiene und Ausbau von Buskorridoren.
- Ausbau eines zusammenhängenden Radwegenetzes, insbesondere zwischen Gemeinden und Bahnhöfen.

Wer Brücken verfallen lässt, zahlt das Dreifache für den Ersatzneubau. Bestehende Netze zu erhalten und intelligent zu verknüpfen sichert Mobilität, ohne weitere Flächen zu versiegeln.

| E-Mobilität fördern, günstig, fair, überall

- Ausbau günstiger Ladesäulen an öffentlichen Gebäuden.
- Förderung von Ladeinfrastruktur in ländlichen Regionen und Wohnquartieren.
- Rechtliche Rahmenbedingungen für Sperrzeiten, Nachttarife und Datenschutz entwickeln.

Elektromobilität funktioniert nur, wenn sie bezahlbar ist, im Dorf wie in der Stadt. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit Laden zum Alltag wird.

Zukunftsinvestitionen

Die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist mittelständisch geprägt und stützt sich auf Tourismus, Ernährungswirtschaft, maritime Industrie und erneuerbare Energien. Straßen, Schienen und Wasserwege bilden die Lebensadern dieser Wirtschaft, doch viele Abschnitte sind sanierungsbedürftig, überlastet oder unzureichend ausgebaut.

- Ausbau und Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserwegen für effizienteren Gütertransport.
- Priorisierung von Infrastrukturprojekten mit hohem wirtschaftlichem und ökologischem Nutzen, kein Bau aus Prestigegründen.
- Förderung multimodaler Logistikzentren, in denen Schiene, Straße und Wasserwege effizient verknüpft werden.
- Digitale Verkehrssteuerung (Smart Mobility, Echtzeitdaten, KI-gestützte Logistikplanung) zur Entlastung von Engpässen.
- Schnellere Genehmigungsverfahren durch Standardisierung und digitale Beteiligungsprozesse.
- Zielgerichtete Zukunftsinvestitionen in klimaneutrale Transporttechnologien (z. B. Wasserstoffzüge, E-Lkw-Infrastruktur).

Investitionen in Verkehr und Logistik sichern Arbeitsplätze, senken CO₂ und stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Bestehende Netze zu modernisieren statt neue Straßen zu bauen kostet weniger, versiegelt keine Flächen und hält den Betrieb aufrecht.

Stadt und Land auf Augenhöhe

- Verdopplung des kommunalen Haushaltstopfes, Kommunen müssen handlungsfähig bleiben.
- Förderung regionaler Zusammenschlüsse kleiner Gemeinden („digitale Nachbarschaftsnetze“).
- Gesetzlicher Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor weiterer Zersiedelung.
- Förderung regionaler Traditionen, Kultur, Dialekte und Tourismus im ländlichen Raum.
- Unterstützung lokaler Initiativen und Heimatvereine.

Landkommunen stehen oft kurz vor der Pleite, während sich Ressourcen und Bevölkerung in den Städten konzentrieren. Wir wollen dieses Ungleichgewicht korrigieren: mit handlungsfähigen

Kommunen, geschützten Flächen, lebendigen Dörfern und Kommunen, die selbst entscheiden können.

Kommunale Verantwortung und Bürgernähe

- Kommunale Beteiligung bei Infrastrukturentscheidungen verbindlich machen.
- Ausbau des Austausches zwischen Land und Gemeinden.
- Abbau unnötiger Landesvorgaben, um kommunale Eigeninitiative zu fördern.
- Einführung eines kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes nach Vorbild Baden-Württembergs: Gemeinden können auf Antrag befristet von Landesvorschriften abweichen, um neue Formen der Aufgabenerledigung zu erproben, sofern das Ziel der jeweiligen Norm auf anderem Weg ebenso gut erreicht wird. Erfolgreiche Modelle werden landesweit übernommen.

Wir wollen Kommunen als Partner einbinden und ihnen den Freiraum geben, den sie brauchen, um ihre Gemeinden vorausschauend zu gestalten.

13



Landwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft

Landwirtschaft formt die Landschaft, erhält Artenvielfalt und hält Dörfer am Leben. Mecklenburg-Vorpommern setzt auf regionale Wertschöpfung, nachhaltigen Tourismus und lebendige Dörfer. Tierschutz, Biodiversität und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Naturschutz und landwirtschaftlicher Nutzung gehören dabei zusammen.

| Landwirtschaft und Direktvermarktung

- Förderung regionaler Landwirtschaft und Direktvermarktung.
- Begrenzung der Wolfspopulation.
- Integration von Landwirtschaft in Klimaschutz- und Kreislaufwirtschaftsstrategien.

Regionale Landwirtschaft belebt die lokale Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und verkürzt Lieferketten. Direktvermarktung schafft Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher und faire Preise für Erzeuger. Moderne, nachhaltige Betriebe verbinden Landwirtschaft und Klimaschutz.

| Tierschutz

Wir sprechen uns für Videoüberwachung in Großbetrieben der Fleischindustrie aus, als Ergänzung zu bestehenden Kontrollen, um Missbrauch aufzudecken und Tierschutzverstöße nachweisbar zu machen. Der prophylaktische Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung muss drastisch reduziert werden, er befördert Resistenzen und gefährdet die Gesundheit von Mensch und Tier gleichermaßen.

| Wald und Biodiversität

Ein größerer Teil des landeseigenen Waldes soll sich natürlich entwickeln können, um Biodiversität zu erhalten und den Wald als Kohlenstoffspeicher und Lebensraum zu stärken.

| Tourismus und Regionalentwicklung

Wir unterstützen nachhaltige Tourismusprojekte und regionale Märkte. Mit gezielten Programmen wollen wir leerstehende Dorfzentren wiederbeleben. Regionaler Tourismus und nachhaltige Betriebe sichern Einkommen, ohne Dörfer in Freizeitparks zu verwandeln.

14

Europäische Union und europäische Zusammenarbeit

Mecklenburg-Vorpommern ist Teil Europas, wirtschaftlich, kulturell und geografisch. Wir nutzen die Lage im Ostseeraum aktiv, bauen europäische Partnerschaften aus und sorgen dafür, dass EU-Fördermittel dort ankommen, wo sie wirken: in Kommunen, Schulen und Betrieben.

Europa vor Ort, Bürgernähe und Teilhabe

- Ausbau von „Europa vor Ort“-Projekten in Kommunen, Schulen und Vereinen.
- Förderung von Schüleraustausch, Berufsaustausch und kommunalen Partnerschaften innerhalb der EU.
- Ausbau der Europabüros im Land und niedrigschwelliger Beratungsangebote zu EU-Fördermitteln.

Europa ist Teil des Alltags in Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Kommunen, Schulen und Betriebe profitieren täglich von europäischer Zusammenarbeit, doch das bleibt zu selten sichtbar. Mit „Europa vor Ort“ machen wir diese Vorteile erlebbar und zeigen, was Europa im Alltag leistet.

Ostseeraum und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen des Ostseeraums, einer wirtschaftlich und kulturell dynamischen Region Europas. Diese geografische Lage ist ein strategischer Vorteil, den wir aktiver nutzen wollen.

- Ausbau der Zusammenarbeit im Rahmen des „Baltic Sea Region Programme“ und ähnlicher EU-Interreg-Förderprogramme.
- Ausbau wirtschaftlicher Kooperationen mit Dänemark, Schweden, Polen und den baltischen Staaten, insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien, Maritime Wirtschaft und Digitalisierung.
- Förderung gemeinsamer Infrastrukturprojekte rund um die Ostsee (Fährverbindungen, Schienenwege, digitale Netze).
- Förderung zivilgesellschaftlicher Netzwerke im Ostseeraum als Beitrag zur Stabilität und Demokratieförderung.

Der Ostseeraum ist ein Innovationszentrum mit starken Demokratien, hoher Lebensqualität und wachsenden Wirtschaftsbeziehungen. Mecklenburg-Vorpommern kann von dieser Dynamik profitieren, wenn es aktiv in regionale Kooperationen investiert statt nur auf Bundesebene zu warten. Wer gemeinsam baut, fährt und wirtschaftet, hat weniger Interesse an Konflikten.

EU-Fördermittel gezielt einsetzen

- Transparente und bürgernahe Kommunikation über verfügbare EU-Fördermittel für Kommunen, Unternehmen und Bürger.
- Vereinfachung der Antragsprozesse für kleine Kommunen und Vereine, die EU-Mittel beantragen wollen.
- Stärkere Ausnutzung von EU-Fonds für Strukturentwicklung, Klimaschutz und Digitalisierung in MV.

Mecklenburg-Vorpommern erhält überproportional viele EU-Strukturfondsmittel, doch bürokratische Hürden verhindern oft eine optimale Nutzung, besonders durch kleinere Akteure. Wir wollen die Zugänglichkeit verbessern und sicherstellen, dass EU-Gelder dort ankommen, wo sie tatsächlich etwas aufbauen, nicht in der Verwaltung versickern.



Schlusswort

Dieses Wahlprogramm ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit und offener Diskussion innerhalb der Partei des Fortschritts. Es spiegelt unsere Überzeugung wider, dass Politik pragmatisch, bürgernah und vorausschauend sein muss. Wir liegen nicht immer richtig. Wer uns überzeugt, ändert das Programm. Wir freuen uns über jede Stimme und jeden, der mitmacht.

Am 20. September 2026 hast du die Wahl. Nutze sie. Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung über die Zukunft deines Landes. Wir treten an, weil wir glauben, dass Mecklenburg-Vorpommern mehr kann, mit einer Politik, die zuhört, die faktenbasiert handelt und die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Gib der Partei des Fortschritts deine Stimme.

Partei des Fortschritts (PDF) · Stand: Mai 2026 · partei-des-fortschritts.de